

Vermögen der Oligarchen Europa tut sich schwer damit, die Sanktionen gegen Russland wirksam umzusetzen



Dem Oligarchen Alischer Usmanow gehören drei Villen am Tegernsee. Nach EU-Recht sind sie nicht konfisziert, dürfen derzeit aber nur privat genutzt und nicht verkauft werden.

FOTO: MARTIN SIEPMANN/IMAGO

Jagd nach dreckigem Geld

Gerhard Schick fordert beim Kampf gegen Geldwäsche Zeitenwende

Frankfurt – Gerhard Schick, 50, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, hält den Kampf der Bundesregierung gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität für unzureichend. Die deutsche Gesellschaft habe festgestellt, dass sie sich bei der Energieversorgung von Russland erpressbar gemacht habe, analysiert er im SZ-Interview. Er fordert, diese Diskussion auch im Finanzbereich zu führen.

SZ: Verpasst die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen russische Oligarchen eine große Chance bei der Jagd nach schmutzigem Geld?

Gerhard Schick: Ja, zwar hat Deutschland rund vier Milliarden Euro beschlagnahmt, doch wenn man diesen Betrag zu den über 200 Milliarden Euro ins Verhältnis setzt, die aus Russland allein über die Danske Bank in die westliche Welt geflossen sind, stellt man fest: Deutschland hat nicht viel erreicht.

Was sollten wir tun?

Wir brauchen auch bei der Jagd nach dreckigem Geld eine Zeitenwende. Die deutsche Gesellschaft hat schmerzhaft festgestellt, dass die Ausrüstung der Bundeswehr nicht ausreichend ist, sie hat festgestellt, dass wir uns bei der Energieversorgung von Russland erpressbar gemacht haben. Diese Diskussion müssen wir auch im Finanzbereich führen.

„Machen wir uns von schmutzigen Geldern nicht gefährlich abhängig?“

Mit welcher Stoßrichtung?

Genauso wie beim Strom aus der Steckdose müssen wir uns fragen: Wo kommt das Geld her, das in unsere Wirtschaft und Politik fließt? Machen wir uns von schmutzigen Geldern nicht gefährlich abhängig? Es geht also um viel mehr als um russisches Oligarchengeld?

Genau. Es geht beispielsweise um Geldflüsse an deutsche Parlamentarier, die Deutschland im Europarat vertreten haben, Stichwort: Aserbaidschan-Connection. Oder das viele schmutzige Geld, das in deutsche Immobilien geflossen ist, nicht nur aus Russland. Woher kommt das Geld? Diese Frage wird in Deutschland so noch nicht konsequent genug gestellt.

Das weltweit oberste Anti-Geldwäschegremium FATF wird bald seinen Bericht zu Deutschland veröffentlichen. Erwartet wird ein schlechtes Ergebnis. Wer hat denn die effektive Geldwäschekämpfung in den vergangenen 30 Jahren verhindert?

In der deutschen Wirtschaft gibt es Branchen, die von dreckigem Geld profitieren und kein Interesse daran haben, dass der Strom versiegt: Immobilienmakler haben viel am Schwarzgeld verdient, denn mit dem boomenden Häusermarkt sind auch ihre Provisionen gestiegen.

Gibt es noch andere Profiteure?

Ein Bauunternehmer hat mir einmal erzählt, er sei sehr glücklich mit der Geschäftsentwicklung, denn sein Kunde würde immer sofort in bar bezahlen. Es ging um die Renovierung von Spielcasinos im Auftrag einer russischen Firma.



Gerhard Schick ist Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende und kritisiert die mangelhafte Durchsetzung der Sanktionen gegen russische Oligarchen.

FOTO: STEFAN BONESS/IMAGO

Ist es nur die Wirtschaft?

Auch im politischen Bereich gibt es eine relevante Anzahl von Akteuren, die sich gemein gemacht haben mit schmutzigem Geld, beispielsweise der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), aber auch die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), im Zusammenhang mit der so genannten Klima-Stiftung und der russischen Gaspipeline Nord Stream 2. Der politische Unwille, etwas zu tun, führte dazu, dass es beim Kampf gegen Finanzkriminalität viel zu wenig Personal gibt. Weder der Bund noch die Länder wollen die Verantwortung für dieses Thema. Dieser Zustand ist nicht haltbar. Dieses Problem müsste Finanzminister Lindner jetzt dringend angehen.

Wie stark ist Deutschland von schmutzigem Geld der Mafia, Oligarchen und Autokraten unterwandert?

Es gibt hierzulande keine wissenschaftliche Untersuchung dazu, in welche Abhängigkeit wir uns begeben haben. Alles, was wir wissen, wissen wir von Whistleblowern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalisten – der deutsche Staat tut nichts in dieser Richtung. Aber es versteht sich von selbst, dass beispielsweise die wachsende Präsenz mafioser Banden unsere demokratische Gesellschaft zum Schlechten verändert: Wenn Verbrecher Geld waschen, dann tun sie das durch den Kauf von Firmen und Immobilien. Dadurch werden sie zu einem gefährlichen wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor. INTERVIEW: MARKUS ZYDRA

So umgeht Russland die Finanzsanktionen

Die Erwartungen an Sanktionen gegen das Land waren hoch, doch das System ist löchrig – und der Westen steht sich im Kampf gegen Putin selbst im Weg. Recherchen zeigen, wie Anwälte, Firmen und Banken russischen Oligarchen helfen

VON PETRA BLUM
UND MARKUS ZYDRA

Frankfurt – Inzwischen hat die EU mehr als 1000 russische Oligarchen sowie knapp 100 Firmen und Institutionen mit Sanktionen belegt, betroffene russische Milliardäre und Politiker müssen eigentlich fürchten, dass ihre Vermögen in Baden-Baden, Rom und London beschlagnahmt werden. Doch müssen sie das wirklich?

Nicht immer, denn das Sanktionsregime ist durchlässig wie ein Sieb. Westliche Anwälte helfen Putins Entourage beim Verstecken der Vermögen, Banken in der Schweiz, Dubai oder China leiten Geld durch, das eigentlich eingefroren werden müsste, sanktionierte Oligarchen nutzen – meist sogar im Einklang mit westlichen Gesetzen – Briefkastenfirmen, um den Besitz ihrer Yachten und Immobilien zu verschleiern. Der Westen sabotiert sich im Kampf gegen Putin selbst, wie die Recherchen von SZ und WDR zeigen.

Wie viel Geld hat die EU inzwischen beschlagnahmt?

Die EU-Staaten haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Luxusyachten, Immobilien und andere Vermögenswerte im Wert von rund 13,8 Milli-

arden Euro eingefroren. Bundesfinanzminister Christian Lindner bezifferte die hierzulande festgesetzten Vermögenswerte aus Russland Mitte Juni auf rund 4,5 Milliarden Euro. Darunter sind demnach Schiffe und Yachten sowie Zentralbankguthaben und Firmenbeteiligungen. Ist das viel? „Wenn man diesen Betrag zu den über 200 Milliarden Euro ins Verhältnis setzt, die aus Russland allein über die Danske Bank in die westliche Welt geflossen sind, stellt man fest: Deutschland hat nicht viel erreicht“, sagt Gerhard Schick, Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende (siehe Interview).

Was sind die Gründe für das Versagen des Westens?

Es fehlt in allen G-7-Staaten an Informationen, Kapazitäten und Befugnissen, stellt Transparency International in einer aktuellen Studie fest. Die Eigentümer von Immobilien, Yachten oder Flugzeugen verbergen sich hinter Strohleuten und Briefkastenfirmen. Ermittlungsbehörden haben zu wenig Personal, um diese Firmenkonstruktionen zu entwirren. Darüber hinaus gelten in der EU unterschiedliche Regeln bei der Sicherstellung: Während italienische Behörden umstandslos eine Immobilie „auf Verdacht“ einfrieren – eine langjährig gewach-

sene Praxis aus der Mafia-Bekämpfung –, bremsen in Deutschland ein Zuständigkeitswirrwarr und die juristische Scheu, auf Verdacht zuzugreifen, eine effektive Jagd nach sanktionierten Vermögen. Die westlichen Staaten „müssen ausreichend Ressourcen investieren und die Behörden mit einem Mandat ausstatten, um die Vermögenswerte, die direkt mit Straftaten in Verbindung stehen, aufzuspüren und zu beschlagnahmen“, fordert Maïra Martini, Antikorruptionsexpertin bei Transparency International.

Welche Rolle spielen Anwälte und Wirtschaftsprüfer?

Experten weisen seit Jahrzehnten auf die verwerfliche Rolle der sogenannten „Enabler“-Industrie hin. Hier handelt es sich um Wirtschaftsprüfer und Juristen, die – meist an westlichen Universitäten ausgebildet – viel Geld damit verdienen, verdächtige Vermögen hinter einer Vielzahl von Firmen in verschiedenen Staaten zu verstecken. Ein Zentrum ist Großbritannien, wo es offenbar immer noch ein Leichtes ist, dass ein sanktionierter Oligarch sein Vermögen an einen Strohhalm auslagert, wie ein Bericht des britischen Parlaments belegt: Die britische Regierung sei demnach „nicht in der Lage, weder die Enabler noch

deren Strohleute, an die das Vermögen transferiert wurde, festzusetzen“. Auch deutsche Anwaltskanzleien bieten Serviceleistungen für sanktionierte russische Oligarchen an, wie deutsche Ermittler feststellen (Kasten), meist über Treuhandkonten. „Auf solche Anwaltskonten fließt Geld aus vielen verschiedenen Quellen, und es geht an viele verschiedene Empfänger – für Ermittler ist dadurch kaum noch nachzuvollziehen, woher das Geld stammt und ob etwa gegen Sanktionen verstoßen wurde“, sagt Christoph Trautvetter, Experte beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. „Anscheinend schaffen es die Systeme der Banken noch nicht flächendeckend, so etwas herauszufiltern und als verdächtig zu melden.“

EU-Mitgliedsländer mit unterschiedlich strikter Umsetzung

Die schleppende Konfiszierung von Oligarchenvermögen hat auch juristische Gründe. Die entsprechende EU-Verordnung spricht von „einfrieren“. „Das ist etwas ganz anderes als beschlagnahmen, konfiszieren oder sicherstellen. Einfrieren bedeutet: Der Besitzer darf beispielsweise eine Immobilie wirtschaftlich nicht mehr nutzen, ein Verkauf ist damit ausgeschlossen. Doch private Nutzung ist erlaubt“, sagt Arndt Sinn, Professor für Europäisches und Deutsches Straf- und Strafprozessrecht an der Universität Osnabrück. Der Experte fragt sich: „Warum dieser Unterschied zum Geldvermögen der Oligarchen, das, einmal eingefroren, eben nicht mehr genutzt werden darf?“ In Italien, so Sinn, gingen die Behörden viel rigoros vor. „Dort sieht das Gesetz vor, dass eingefrorene Vermögenswerte wie Immobilien und Yachten vom Besitzer auch nicht mehr privat genutzt werden dürfen. Das könnte Deutschland auch machen.“

Wie wirken die Sanktionen gegen den russischen Finanzsektor?

Die Erwartungen waren hoch. Der Westen klemmt Russlands Finanzsektor ab vom Zahlungssystem Swift. Die Türen zum dominierenden westlichen Finanzsystem wären damit verbarrikiert. Mancher sprach von der „nuklearen Option“. Doch daraus wurde nichts. Das Hauptproblem: Der Westen hat nur zehn, aber nicht alle russischen Banken abgeklemmt. Die Gazprom-Bank etwa ist weiter im System, weil dort die Erdgaszahlungen abgewickelt werden. Geld fließt wie Wasser – das kleinste Loch reicht, um es durchzulassen. Es wäre effektiver gewesen, alle russischen Finanzinstitute abzuklemmen. „Solange die russische Gazprom-Bank im Swift-System bleibt und nicht mit strengen Sanktionen belegt wird, wirkt das Sanktionspaket gegen Russlands Wirtschaft nur eingeschränkt“, sagt Robert Greene, Experte des Carnegie-Programms Endowment for International Peace's Technology and International Affairs.

Warum ist Swift so wichtig?

Swift ist die Abkürzung für Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication. Dies ist der global wichtigste Dienstleister für den internationalen Zah-

lungsverkehr. Die Genossenschaft ist im Besitz privater Großbanken, sitzt in Brüssel und stellt seit 1973 ein sicheres Kommunikationssystem für Überweisungen zur Verfügung. Ein Beispiel: Kunde A möchte Geld an Kunde B im Ausland überweisen. Dann schickt die Bank des Kunden A eine standardisierte Swift-Nachricht an die Bank des Kunden B – darauf vermerkt: Der Absender, der Betrag, die Kontonummer und der SWIFT-Code (BIC-Code) der Bank. Mithilfe dieser Informationen nimmt Bank B die Gutschrift vor. Mehr als 11 000 Banken, Börsen und Finanzdienstleister in 210 Ländern nutzen das Netzwerk, über das pro Tag fünf Billionen Dollar auf Bankkonten angewiesen werden.

Hat Russland durch den Swift-Ausschluss gar keine Nachteile?

Doch, die Zahlungsvorgänge sind erschwert. Aber sie sind weiterhin möglich via nicht sanktionierte russische Banken und über chinesische Kreditinstitute. Dazu haben Russland mit SPFS und China mit CNAPS in den vergangenen Jahren eigene Zahlungssysteme aufgebaut. „Chinesische Banken, die in Russland inzwischen eigene Tochtergesellschaften unterhalten, wickeln unkompliziert den Handel zwischen Russland und China ab“, sagt Carnegie-Experte Greene. Und dieser habe seit Kriegsbeginn dramatisch zugenommen. Die russische Bank VTB, die von den Sanktionen stark getroffen werden sollte, ist bereits ein Mitglied im chinesischen Zahlungssystem CNAPS, was sich mehr und mehr zu einer Alternative entwickelt. „Das heißt, die VTB kann Swift einfach vermeiden, wenn Zahlungen zwischen Russland und China abgewickelt werden“, so Greene.

Welche anderen Umwege gibt es für sanktioniertes russisches Geld?

Der Finanzplatz Schweiz ist lange Zeit ein sicherer Hafen für russisches Geld gewesen – das zeigten inzwischen eine ganze Reihe von Leaks. Nicht zuletzt die Panama Papers offenbarten, wie die Gazprom-Bank-Filiale in der Schweiz Gelder für den inzwischen sanktionierten Putin-Vertrauten Sergej Roldugin verwahrte. Zwar hat die Schweiz in den vergangenen Monaten viele westliche Sanktionen gegen russische Oligarchen und Banken übernommen, doch Whistleblower wie etwa der Wirtschaftsprüfer Rudolf Elmer schlagen jetzt Alarm: „Banken haben konzerninterne Kommunikationskanäle, in denen sie Geldüberweisungen ausführen können. Dazu brauchen sie Swift nicht. Eine Schweizer Großbank kann so problemlos für einen Kunden Geld von dessen Konto in Zürich zur Filiale in New York intern überweisen, und der Kunde kann das Geld dann bar in New York beziehen und seinem New Yorker Konto gutschreiben lassen. Damit geht die ganze Transaktion an Swift vorbei“, sagt Elmer. Gibt es keine Kontrolle? In der Schweiz verlasse man sich darauf, dass die Banken und schweizerische Offshore-Anwaltskanzleien und Family Offices verdächtige Transaktionen meldeten. „Man setzt auf die Ehrlichkeit der Institute“, so Elmer.

Israelischer Pass für russische Oligarchen

Die Sanktionen der EU und der USA gegen Russland machen Druck auf westliche Banken, sich von sanktionierten russischen Kunden zu trennen. Die meisten Kreditinstitute folgen den Vorgaben. Die Vorstände müssen ansonsten damit rechnen, bei ihrer nächsten US-Reise verhaftet zu werden. Die USA gehen hart um mit Sanktionsbrechern. Selbst Schweizer Banken schlagen ihrer wohlhabenden krennahen Klientel inzwischen die Tür vor der Nase zu. Und zahlen ihre einstigen Lieblingskunden im Zweifel in bar aus. Was bei den verwalteten Millionenbeträgen oft gar nicht so leicht ist.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben inzwischen erste Erkenntnisse darüber gesammelt, wie windige Anwälte hierzulande reichen Russen helfen, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Der einfachste Weg: Sie stellen ihre Klienten

anwaltsche Treuhandkonten zur Verfügung, verwalten das Geld – und kassieren im Gegenzug drei bis fünf Prozent Provision. Das funktioniert allerdings nur, wenn das Geld bereits auf Konten außerhalb Russlands lag. Hier handelt es sich um ein Konstrukt, das ruchlose Rechtsvertreter bereits erfolgreich während der Iran-Sanktionen benutzt haben. Auf den Treuhandkonten ist das russische Geld zwar zunächst in Sicherheit, auf Dauer damit zu arbeiten, dürfte jedoch schwierig sein.

Richtig reichte Russen und solche, die auf den Sanktionslisten von EU oder den USA stehen, dürften daher die „Oligarchen-Variante“ bevorzugen. Anscheinend gibt es Anwälte, die Putins Milliardären, auch kurzfristig, einen israelischen Pass besorgen können. Mit einem israelischen Pass ist es jederzeit möglich zum Beispiel Konten in der Schweiz zu eröffnen,

auf die der Sanktionierte dann sein Geld überweisen kann. Dafür muss ein Oligarch nicht einmal selber nach Israel reisen. Die beauftragten Anwälte übernehmen auch diesen Service. Nach Erkenntnissen von westlichen Sicherheitsbehörden haben sich bereits einige israelische Advokaten auf diese Art von Geschäft spezialisiert. Dieses rundum Sorglos-Paket lassen sich die Anwälte freilich einiges kosten.

Und dann ist da natürlich noch Dubai. Das Emirat gilt derzeit als der sicherste Rückzugsort für russisches Geld. Seit Beginn des Krieges zieht es viele reiche Russen an den Golf: Freie Immobilien der entsprechenden Luxusklasse sind nur nur schwer zu bekommen – dort ein Konto zu eröffnen, natürlich nicht auf eigenem Namen, sondern über eine Dubai-Firma, ist dagegen einfach. JÖRG SCHMITT

Bekanntmachungen

Amtsgericht München
106 UR II 67/22

Aufgebot
München
2.07.2022
Frau Barbara Behrends, 81477 München und Herr Dr. Heinz Behrends, 26441 Jever, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhandlungen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den (Gesamt-)Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts München, Gemarkung Solln, Blatt 8443 (Abt. III Nr. 1), Bl. 8445 (Abt. III Nr. 1) u. Bl. 21879 (Abt. III Nr. 2) jew. eingetragene (Gesamt-)Grundschuld zu 126.900,39 EUR. Eingetragene Berechtigter: jew. Beamtenheimstättenwerk GmbH, Hameln. Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte spätestens bis zu dem 26.11.2022 vor dem Amtsgericht München anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Amtsgericht München
103 UR II 132/22

Aufgebot
München
08.07.2022
Frau Mathilde Eckl, 81673 München hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhandlungen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der HypoVereinsbank München Member of UniCredit, ausgestellt für das Konto 0001358046. Das Sparbuch lautet auf: Frau Mathilde Eckl, 81673 München. Der Inhaber des Sparbuches wird aufgefordert, seine Rechte spätestens bis zu dem 22.11.2022 vor dem Amtsgericht München anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Amtsgericht München
201r UR II 6/22

Ausschlussbeschluss
München
11.07.2022
Das Sparbuch der HypoVereinsbank Member of UniCredit, Sparbuchnummer 135744310, ausgestellt für das Konto 135744310, Sparbuchberechtigte laut Eintrag: Frau Marija Festini geb. 20.05.1995, verst. 27.05.2019, zuletzt München, wird für kraftlos erklärt.

Kinder stärken Pate werden

Rufen Sie uns an!
0180 - 33 33 300 (9 Cent/Min)
Kinderstärken Pate werden
Kindermothilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 18a
47249 Duisburg
www.kindermothilfe.de